GLEICHSTELLUNG

„Ziemlich lässig“

HÜBNER / ACTION PRESS

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, 34 (CDU), über ihre Hilfe für die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer

SPIEGEL: Alice Schwarzer hat Sie nach Ihrem Amtsantritt als „schlicht ungeeignet“ bezeichnet. Jetzt finanzieren Sie ihr Archiv des Feminismus in Köln mit 150 000 Euro im Jahr. Warum tun Sie das?

Schröder: Bei diesem Archiv handelt es sich um ein bedeutendes Zeugnis der feministischen Bewegung in Deutschland. Mich hat es aufgeregt, als ich las, dass dem Archiv die Mittel von der nordrhein-westfälischen Landesregierung gekürzt werden. Für mich sah es so aus, als würden da persönliche Rechnungen gegenüber einer Nonkonformistin beglichen. Denn das Archiv ist eng mit dem Leben von Alice Schwarzer verknüpft, und die hat so manchen Strauß mit den Grünen ausgefochten, etwa wenn es um die Unterdrückung von Frauen im Islam ging. Dass es so etwas gibt, wollten viele Grüne ja lange nicht wahrhaben.

SPIEGEL: Schwarzer war aber auch mit Ihnen nicht gerade zimperlich. Sie hat vor gut einem Jahr geschrieben: „Was immer die Motive der Kanzlerin gewesen sein mögen, ausgerechnet Sie zur Frauen- und Familienministerin zu ernennen – die Kompetenz und Empathie für Frauen kann es nicht gewesen sein.“

Schröder: An meiner Sicht auf Alice Schwarzer hat sich nichts geändert. Und ich halte auch nach wie vor manche Gedanken des radikalen Feminismus für falsch. Aber eine staatliche Förderung sollte nie als Parteinahme für oder gegen jemanden verstanden werden. Ich habe Soziologie studiert, und da war ich beispielsweise froh, dass es an meiner Universität eine Ecke mit Literatur zur Gender-Theorie gab. Dass ich vielen dieser Gedanken am Ende nicht zustimmen konnte, ist ja eine ganz andere Frage.

SPIEGEL: Hat Angela Merkel Ihnen geraten, sich mit Schwarzer auszusöhnen?

Schröder: Ich habe der Kanzlerin im Nachhinein von unserer Absicht erzählt. Sie fand das eine gute Idee.

SPIEGEL: War es Ihnen zu anstrengend, dauerhaft im Clinch mit der Ikone des Feminismus zu liegen?

Schwarzer

UTA WAGNER / DER SPIEGEL

Schröder: Ich kann Sie da beruhigen. Ich werde auch in Zukunft nötigen Auseinandersetzungen mit Frau Schwarzer nicht aus dem Weg gehen.

SPIEGEL: Alice Schwarzer will, dass die Bundesregierung eine Quote für Frauen in Führungspositionen durchsetzt. Werden Sie ihr da folgen?

Schröder: Starre Einheitsquoten lehne ich weiter ab.

SPIEGEL: Müssen Sie nicht Lobbyistin weiblicher Interessen sein?

Schröder: Das stimmt, deshalb will ich mit meiner Flexiquote ja eine faire und moderne gesetzliche Regelung, die mehr Frauen in Führungspositionen bringt. Eine starre Quote folgt mir zu sehr dem Haftungsprinzip für Geschlechter-Kollektive. Mir geht es um Chancen, unabhängig vom Geschlecht.

SPIEGEL: Haben Sie sich schon mit Schwarzer getroffen?

Schröder: Ich habe sie vor ein paar Tagen angerufen. Es war mein erstes Gespräch mit Alice Schwarzer, und es war ein sehr nettes Telefonat. Es ist ja grundsätzlich besser, sich persönlich zu unterhalten als wie bislang über Zeitungen.

SPIEGEL: Schwarzer hat in ihrem Blog geschrieben, sie finde Ihre Entscheidung, das Archiv zu unterstützen, „echt souverän“. Hat Sie das gefreut?

Schröder: Wissen Sie, Frau Schwarzer kann ziemlich selbstironisch und lässig sein, das finde ich gut.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Mehr rechtsextreme Gewalt

Politisch motivierte Kriminalität von rechts hat in Nordrhein-Westfalen überproportional zugenommen. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Düsseldorfer Landtag hervor. So sind die rechtsgerichteten Gewaltdelikte von 2010 auf 2011 um fast 23 Prozent gestiegen. Im selben Zeitraum sind sie bundesweit nur um drei Prozent gewachsen. Vor allem in Dortmund, Wuppertal, Aachen, Siegen und Hamm gibt es Gruppen gewaltbereiter Neonazis mit hohem Mobilisierungsgrad. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen mehr als 3000 Delikte verzeichnet, die dem rechten Spektrum zugerechnet werden. „Ich habe mir nie vorstellen können, dass hier rechte Schlägertrupps auftreten wie früher die SA“, sagt Reiner Priggen, Fraktionsvorsitzender der Grünen.

DEUTSCHE POST

Schleppender Wettbewerb

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) will die Vormachtstellung der Deutschen Post brechen. Wie aus den Eckpunkten für eine Änderung des Postgesetzes hervorgeht, müssen die Portopreise für Massensendungen künftig von der staatlichen Bundesnetzagentur genehmigt werden. Auf diese Weise will Rösler verhindern, dass die frühere Bundespost ihre Marktmacht ausspielt und sich durch Dumpingpreise unliebsame Konkurrenz vom Hals hält. Zudem soll die Deutsche Post gezwungen werden, anderen Unternehmen Zugang zu ihren Adressdateien und den Postfächern ihrer Kunden zu gewähren. „Die schleppende Wettbewerbsentwicklung im Briefmarkt führt zu gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsverlusten“, heißt es zur Begründung in dem Eckpunkte-Papier. Einen Gesetzentwurf will Rösler im Herbst vorlegen.